

Europa braucht politische Integration

Die Politikwissenschaftlerin Sonja Puntscher-Riekman und der Wirtschaftswissenschaftler Hannes Winner über die aktuelle Situation der Europäischen Union, den Euro und Wege aus der Krise. Die Wissenschaftler leiten den neuen Schwerpunkt European Union Studies an der Universität Salzburg.

GABRIELE PFEIFER



Bild: SN/123RF.COM

Die Europäische Union mit ihren nun 27 Mitgliedstaaten steht vor großen Herausforderungen. Die Finanz- und Schuldenkrise erfordert verbesserte Methoden zur Koordinierung der Wirtschaftspolitik. Dabei liegen die Herausforderungen nicht nur innerhalb Europas, sondern auch im internationalen wirtschaftlichen Wettbewerb. Zunehmend ist die Union dabei gefordert, ihre Rolle als Akteur im internationalen Kontext und zu ihren Nachbarstaaten zu definieren. Das Forschungsprogramm des neu eingerichteten Schwerpunktes European Union Studies setzt sich mit diesen Fragestellungen auseinander und kooperiert dabei auch mit politischen Entscheidungsträgern und internationalen think tanks.

UN: Welche Folgen hätte der Zusammenbruch des europäischen Währungssystems?

Sonja Puntscher-Riekman: Einen Zusammenbruch des Euro würde die EU im Moment nicht aushalten. Es ist illusorisch zu glauben, dass man die Zeit zurückdrehen

könne. Die Währungsunion war auch niemals nur ein ökonomisches Projekt. Auf die jetzigen Probleme wurde von den Fachleuten schon bei ihrer Einführung 1992 hingewiesen. Die gemeinsame Währung ist auch ein Identitätsmerkmal mit hohem symbolischem Charakter. Eine Rückabwicklung des Euro würde unabsehbare ökonomische und soziale Kosten verursachen.

UN: Wie problematisch ist die hohe Verschuldung der europäischen Staaten – allen voran Griechenland – wirklich? Kann sich das Europa leisten?

Hannes Winner: Es gibt genug Geld, aber es wandert nicht mehr über die Alpen. Im Moment ist das Klima in Europa zu sehr von Misstrauen geprägt. Das Interbankengeschäft muss wieder in Gang kommen. Eine Wiedereinführung der Drachme würde das massive Produktivitätsproblem der Griechen nicht lösen. Auch jede Abwertung der Drachme würde die Innovations- und Wettbewerbsfähigkeit nicht erhöhen. Wenn Europa Griechenland nicht unterstützt würde

man diese Volkswirtschaft auf Jahre ausruhdieren. Das kann nicht sein. Ganz anders verhält es sich mit Italien, Spanien oder Irland. Diese Länder stehen bei weitem nicht so schlecht da wie Griechenland und auch Portugal.

UN: Wie kann die festgefahrene Situation wieder in Gang gebracht werden?

Winner: Wir brauchen eine gemeinsame Wirtschafts- und Fiskalpolitik mit koordinierten Arbeitsmärkten. Bislang wurde nur die ökonomische Integration vorangetrieben und die politische hintangestellt. Und wir brauchen eine strenge Disziplin im Schuldenbereich, die sträflich vernachlässigt wurde. Deutschland und Frankreich haben als erste die Defizitgrenzen überschritten und den Stabilitätspakt verletzt. Dies war ein schlechtes Signal an jene, die ohnehin schon nicht regelkonform agierten. Man gestand der EU auch nicht zu realistische Daten zu erheben. Eurostat (Statistisches Zentralamt der EU) hat immer wieder beklagt, dass sie ausschließlich auf die statistischen Zentral-

ämter der Mitgliedsstaaten bei der Einhebung von Daten angewiesen seien. Und da wurde viel gelogen.

UN: Wie kann die verbesserte politische Integration aussehen?

Puntscher-Riekman: Es muss zu einer stärkeren Abgabe von Souveränitätsrechten kommen. Ob das gleich in eine europäische Regierung mündet, wird man sehen. Im Moment wird das europäische Parlament als auch der Ratspräsident oft mit Politikern zweiter Klasse besetzt. Es braucht größere Persönlichkeiten, die ganz anders wahrgenommen werden. Was immer aus der Kommission kommt, muss damit rechnen, von den Regierungschefs desavouiert zu werden. Europa sollte mit einer Stimme sprechen, um auch im internationalen Kontext zu bestehen. Außerdem muss die Politik aufhören, unterschriebene und ratifizierte Verträge zu brechen. Dass der Euro die Währung der Union ist, wurde vertraglich fixiert und die damit eingegangenen Rechte und Pflichten können nicht einfach aufgegeben werden.



Sonja Puntscher-Riekman ist Leiterin des neuen Schwerpunktes der Universität Salzburg „European Union Studies“. Bild: SN/UNI SALZBURG

SCHWERPUNKT und Nachwuchsförderung

Schwerpunktsetzung an der Universität Salzburg

Im November 2011 wurde der neue Schwerpunkt „European Union Studies“ eingerichtet. Neben den drei bereits bestehenden Schwerpunkten: „Biolwissenschaften und Gesundheit“, „Recht, Wirtschaft und Arbeitswelt“ sowie „Wissenschaft und Kunst“ wurde damit ein vierter Schwerpunkt etabliert. Die Universität Salzburg will mit den Schwerpunkten besondere Akzente setzen und stellt diesen Ressourcen, u.a. finanzielle Mittel zur Verfügung. Schwerpunkte setzen sich aus Mitgliedern der beteiligten Fachbereiche zusammen. Sie bestehen auf Zeit und werden in der Regel nach fünf Jahren evaluiert. Darüber hinaus haben sie eine besondere Bedeutung für die strategische Gesamtentwicklung der Universität. Außerdem können sie neue Studienrichtungen oder zusätzliche Lehrangebote einführen.

Schwerpunkt „European Union Studies“

Das besondere Profil des neuen Schwerpunktes „European Union Studies“ ist seine interdisziplinäre und interfakultäre Ausrichtung, da er neben den Rechts-, Politik- und Wirtschaftswissenschaften auch die Geisteswissenschaften einbezieht. Zentrale Forschungsthemen sind u.a. die institutionelle Ausgestaltung der Europäischen Union, die Ver-

fassungsdynamik des Europarechts sowie die Regulierung der europäischen Märkte im Hinblick auf den Einfluss der Globalisierung auf die europäische Wohlfahrtsstaatlichkeit. Mit der Einrichtung des Schwerpunktes „European Union Studies“, der auf zahlreichen Vorarbeiten aufbaut und ab dem 1. Jänner 2012 auf der Edmundsburg sein organisatorisches Zentrum hat, will die Universität die Bedeutung der Europaforschung besonders hervorheben und die eigene Profilbildung stärken.

Förderung des wissenschaftlichen Nachwuchses

Ein weiteres Hauptaugenmerk des neuen Schwerpunktes liegt auf der Ausbildung des akademischen Nachwuchses und damit einer engen Verknüpfung von Forschung und Lehre. Bereits seit 2005 wird das Masterstudium „European Union Studies“ angeboten, in dem zurzeit 140 Studierende inskribiert sind, 2008 wurde zudem ein Doktorandenkolleg ins Leben gerufen. Beide Programme weisen eine stark internationale Ausrichtung auf, nicht zuletzt durch die Einrichtung eines drittmittelfinanzierten fellowship-Programms, das es ermöglicht, internationale Spitzenforscher an die Universität Salzburg zu bringen und in das Lehrprogramm einzubinden.



Hannes Winner ist neben dem Europarechtsexperten Thomas Eilmansberger stellvertretender Leiter des Schwerpunktes. Bild: SN/ANDREAS KOLARIK